

# A2

## Antrag: Lehrkräfte entlasten – Arbeitszeit erfassen

### **Antragstellerin: LAG Bildung**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Linke Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, das Urteil des EuGH aus dem Mai 2019 umgehend für den Schulbereich umzusetzen. Darin werden Arbeitgeber\*innen verpflichtet, die Arbeitszeit der Beschäftigten zu erfassen. Die Linke Niedersachsen plant in diesem Zusammenhang mit Unterstützung aus der LAG Bildung eine der Wichtigkeit der Thematik angemessene Aktion.

Begründung:

Die Länder weigern sich offensichtlich aus Angst vor den zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen, die eine realistische Erfassung der Arbeitszeit von Lehrkräften mit sich bringen könnte, dieses Urteil umzusetzen. Damit werden aber die Rechte der Beschäftigten im Schulbereich der Weigerung geopfert, ausreichende finanzielle Mittel für Bildung zu mobilisieren. Die Regierungen auf Landes- und Bundesebene halten an ihrer Sparpolitik fest und verweigern sich notwendigen Reformen, sei es durch Steuererhöhungen für Reiche und Besserverdienende, sei es durch eine Aufhebung der Schuldenbremse.